



Niederschrift

Öffentlicher Teil

HFR/6/2025/24-29

Gremium	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
Sitzung am:	23.01.2025
Sitzungsort	Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:56 Uhr

anwesend:

Ausschussvorsitzende/r

Frau Schmäke, Bianka

Stellv. Ausschussvorsitzende/r

Herr Juschka, Kay

Mitglieder

Herr Arndt, Christian

Frau Hoffmann, Simone

Herr Nabers, Sebastian

Frau Oehmichen, Anja

Herr Seidel, Volkmar

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Imhof, Jürgen

Herr Meder, Michael

Frau Rautenberg, Anja

Frau Oberthür, Ulrike

Herr Reinhardt, Hendrik

Herr Toleikis, Wolfgang

Bürgermeister/Verwaltung

Herr Siebert, Sven

Frau Dähne, Sina

Frau Fischer, Eleonora-Victoria

abwesend:

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Schimming, Uwe

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------|-------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit |
| 2 | | Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung |
| 3 | | Feststellung von Ausschließungsgründen |
| 4 | | Entscheidung über mögliche Einwendungen zu der Niederschrift vom 09.12.2024 |
| 5 | | Mitteilungen des Bürgermeisters |
| 6 | | Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden |
| 7 | | Einwohnerfragestunde |
| 8 | | Anfragen der Ausschussmitglieder |
| 8.1 | | Schriftliche Antworten auf Fragen der Ausschussmitglieder |
| 9 | | Stand Nachtragsliquidation Awf |
| 10 | | Stand Jahresabschlüsse 2021 – 2023 |
| 11 | | Stand Grundsteuerbescheide (Aufstellung/Versendung) |
| 12 | | Kostenübersicht Neubau FFW Hönow |
| 13 | | Berichts- / Informationsvorlagen Haushaltsplanung 2025-2026 |
| 14 | | Vorbereitung der Sitzung der Gemeindevertretung am 10.02.2025 |
| 14.1 | | Beschlussvorlagen |
| 14.1.1 | DS 085/2025/24-29 | Erhöhung der Pauschale nach § 16 Abs. 3 KitaG ab 01.01.2025 |

Öffentlicher Teil

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.

Der Ausschuss ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderung zur Kenntnis genommen.

3 **Feststellung von Ausschließungsgründen**

Keine.

4 **Entscheidung über mögliche Einwendungen zu der Niederschrift vom 09.12.2024**

Das Protokoll wird ohne Änderungen zur Kenntnis genommen.

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister/die Verwaltung informiert über folgende Punkte:

- Neuen Hundehalterverordnung, neue Hundesteuersatzung muss erarbeitet werden, Satzung soll noch im ersten Quartal eingereicht werden.

6 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Die/der Vorsitzende informiert über folgende Punkte:

- Für gemeindeeigenes RPA wird eine Kostenstelle im Haushalt verankert
- Investitionsliste und Ermächtigungsüberträge werden auf der kommenden TO stehen

7 **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

8 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Folgende Anfragen wurden gestellt:

- **Jürgen Imhof:** Was ist der Inhalt des Rechnungsprüfungsausschusses?
- **Sven Siebert:** Rechnungsprüfung beinhaltet viele Bestandteile, beispw. überörtliche Prüfung und rechnungsprüfungspflichtige Jahresabschlüsse.
- **Kay Juschka:** vorläufige HH-Führung, ungeprüfte Jahresabschlüsse, Haushaltssatzungsbeschluss stehen seit 2025 in unmittelbarem Zusammenhang. Jahresabschlüsse müssen vorliegen, bevor sinnigerweise die HH-Satzung im Entwurf eingebracht wird. Welchen Weg wird der BM wählen.

- **Sven Siebert:** Die Kämmerin muss das vorhandene Datenmaterial aufarbeiten, um einen Entwurf erstellen zu können.
- **Volkmar Seidel:**
 1. Können erneut mit Einzelbeschlüssen Budgets freigegeben werden im Vorgriff auf den Haushalt?
 2. Welche Möglichkeiten bestehen, Mittel für die Ortsbeiräte und Maßnahmen, die dem kulturellen Leben dienen, freizugeben?
- **Sven Siebert:**
 1. **Sina Dähne:** Die Beschlüsse wurden gefasst, aber durch die Kommunalaufsicht beanstandet. Es wurden Mittelüberträge im letzten Jahr vorgenommen. Die Gemeindevertretung ist genauso eingeschränkt wie die Verwaltung.
 2. Es gibt keine Möglichkeiten. Wir sind bemüht, die Jahresabschlüsse
- **Christian Arndt:** Gibt es Probleme bei der Bereitstellung der Mittel für die satzungskonforme Zahlung der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen? Die Zahlung ist bereits deutlich im Verzug.
- **Sven Siebert:** Es gab hausinterne Probleme. Sofern die Zahlungen morgen nicht kommen, erhalten die Gemeindevertreter und sachkundigen Einwohner morgen eine E-Mail mit der Auskunft, wann die Zahlung erfolgt.
- **Bianka Schmäke:**
 1. Wie hoch sind die Kosten für den Einsatz der wehren im Rahmen der MKS?
 2. Wie hoch ist der Unterschiedsbetrag aufgrund der Erhöhung der Kreisumlage von 41 auf 43%?
- **Sven Siebert:**
 1. Über die Höhe der Einsatzkosten können keine Auskünfte gegeben werden.
 2. **Sina Dähne:** Der Unterschied liegt bei rund 1 Mio Euro.
- **Kay Juschka:** Wir können Einwendungen gegen die Erhöhung erheben, wenn wir dadurch in unserer eigenen Handlungsfähigkeit gefährdet sind. Ist das korrekt? Ich bitte um Prüfung.
- **Sven Siebert:** Dazu kann keine verlässliche Auskunft gegeben werden. Wir werden soweit bekannt, nur angehört. Die Fragestellung wird mitgenommen.
- **Kay Juschka:** Ein Großteil der fehlenden Haushaltsmittel ergeben sich aus Maßnahmen, die dem Kreis durch Bund und Land übertragen werden, aber nicht genügend ausfinanziert sind. Die Kommunen können nicht über die Kreisumlage die Kosten von Bundes- und Landespolitik tragen. Der Klageweg sollte hier geprüft werden. Selbst die Androhung könnte die Debatte im Kreis schon deutlich anregen.
- **Steffen Molks:**
 1. Der Bürgermeister sollte sich mit den anderen Kommunen in Verbindung setzen und nachfragen, ob hier auch andere Klageerwägungen bestehen.
 2. Es ist eine Anfrage auf Akteneinsicht zu den Mietfahrzeugen offen.
- **Sven Siebert:**
 1. Mit einer anderen Kommune, die auch geklagt hat, wird sich in Verbindung gesetzt.
 2. Die Unterlagen werden zusammengetragen und in der kommenden Woche wird der Termin erfolgen können.
- **Volkmar Seidel:**

1. Gibt es schon einen Termin für das Abschlussgespräch zur Untersuchung RPA?
 2. Am Montag wurde mitgeteilt, dass es an Haus III der Lenné Schule zu Umarbeiten kommen soll. Stehen dafür Mittel zur Verfügung?
 3. Es gibt einen Beschluss zum Abriss des Hauses IV. Wer hat die Entscheidung gefällt, das Haus III umzubauen?
 4. Sind Gelder für die Umbaumaßnahmen eingestellt?
 5. Im Dezember wurde ein Beschluss durch die GV getroffen, den Vertrag mit EKT zu kündigen. Die Kündigung, so wurde am Montag ausgeführt, wurde nicht rechtmäßig ausgesprochen. Wie ist der Sachstand? Bitte informieren Sie die Gemeindevertreter schriftlich über den Verfahrensstand, legen das Kündigungsschreiben und das Reaktionsschreiben von EKT vor.
- **Sven Siebert:**
1. Ein Gesprächstermin wird noch gesucht.
 2. Die Toiletten sollen umgebaut werden. Die Kosten sind erhoben.
 3. Wir sind Träger der Grund- und Oberschule. Kosten für den Schulbetrieb der Oberschule werden dem Landkreis gegenüber in Rechnung gestellt.
 4. Der Fachbereich IV hat die Notwendigkeit begründet. Wo die Gelder eingestellt sind, kann ich nicht sagen. Die Antwort wird nachgereicht bis 5.2.2025.
 5. Es ist rechtlich nicht geklärt. Es wurde fristwahrend vor Jahresausgang die Kündigung versandt. EKT hat mitgeteilt, dass sie sich nicht an das Schreiben gebunden fühlen, die Kündigung zurückweisen und sehen eine weitere Laufzeit von 5 Jahren. Sie haben telefonisch mitgeteilt, dass sie gesprächsbereit seien. Sofern es notwendig ist, wird eine DS zur kommenden GV vorbereitet, mit dem Inhalt, einen juristischen Beistand zu binden.
- **Sebastian Nabers:** Wann ist die Kündigung erfolgt?
- **Sven Siebert:** Die Dokumente werden nichtöffentlich zur Verfügung gestellt.
- **Bianka Schmäke:** Wann ist die Sonderprüfung Feuerwehr geplant?
- **Sven Siebert:** 10.2.-14.2., ein Aufgabenkatalog muss bearbeitet werden.

8.1 Schriftliche Antworten auf Fragen der Ausschussmitglieder

- Schriftliche Anfrage Fraktion DIE LINKE wurde am 11.1. gestellt, Antwort steht noch aus.

9 Stand Nachtragsliquidation Awf

- Siehe [Informationsvorlage](#)

Folgende Nachfragen wurden gestellt:

Sina Dähne: 3.1.2025 sind die Beträge aus dem Vermögen der awf auf dem Konto der Gemeinde eingegangen, Rechnung über 12.554€ Kosten des Registergerichts ist eingegangen

Christian Arndt: Es sollte die Schadensersatzpflicht des bisherigen Liquidators für die entstandenen Mehrkosten im Rahmen der Nachtragsliquidation geprüft werden.

Kay Juschka: Ich halte es sogar für eine Pflicht der Gemeindevertretung, die Schadensersatzpflicht zu prüfen.

Anja Oehmichen: Wofür sind die Kosten des Registergerichts entstanden? Sind dies Extrakosten?

Sina Dähne: Das Registergericht orientiert sich am Wert der GmbH.

Volkmar Seidel: Alle Mehrkosten der Nachtragsliquidation müssen geprüft werden.

10

Stand Jahresabschlüsse 2021 – 2023

- Siehe [Informationsvorlage](#)

Folgende Nachfragen wurden gestellt:

Sina Dähne: Eine Zeitschiene für die Prüfung der Jahresabschlüsse und den Abschluss kann nicht gegeben werden. Dies ist auch abhängig von den Kapazitäten des RPA. Auch die externe Hilfe steht erst vor dem Vergabeabschluss und ist notwendig.

Kay Juschka: Es ist also davon auszugehen, dass wir auf absehbare Zeit in der vorläufigen Haushaltsführung bleiben. Es sollte mit einem Haushaltsbeschluss daher gewartet werden, bis die Jahresabschlüsse vorliegen. Nur dann stehen verlässliche Daten zur Verfügung. Es ist nicht nachvollziehbar, jetzt in die Haushaltsdiskussion zu gehen.

Jürgen Imhof: Wann liegen die Jahresabschlüsse verbindlich prüffähig vor?

Sven Siebert: Es kann noch keine Aussage dazu getroffen werden. Es sind noch Vorarbeiten zu erledigen.

11

Stand Grundsteuerbescheide (Aufstellung/Versendung)

- Siehe [Informationsvorlage](#)

Folgende Nachfragen wurden gestellt:

Bianka Schmäke: Welche Einnahmen sind geplant für die Mindereinnahmen aus der Grundsteuer?

Sven Siebert: Die Hebesatzsatzung sollte angepasst werden.

Kay Juschka: Laut Auskunft der Verwaltung liegen erst 77% der Daten vor. Umso weniger ist es nachvollziehbar, dass das erste und einzige, was dem Bürgermeister einfällt, die Hebesätze wieder anzuheben. Und das obwohl keine verlässlichen Daten vorliegen.

Volkmar Seidel: Je höher die Steuereinnahmen sind, umso höher ist auch die Kreisumlage.

Christian Arndt: Für welches Jahr werden die Gebühren für die Straßenreinigung, Winterdienst und Laubentsorgung im Jahresgebühren/Grundsteuerbescheid erhoben, für das vorangegangene oder für das laufende Kalenderjahr? Warum werden aktuell in 2025 nicht wenigstens die Winterdienstgebühren erhoben? Die Ausschreibung dafür erfolgte in 2024 und die neue Straßenreinigungsgebührensatzung gilt erst ab Januar 2025. Wenn die Gebühren aber für das laufende Jahr im Vorgriff erhoben werden, bleibt festzustellen, dass es für die Verwaltung augenscheinlich bereits im Januar feststeht, dass der zuständige Fachbereich die Ausschreibung / Vergabe für die Laubentsorgung nicht fristgerecht im Verlauf des Jahres vornimmt und daher die Gebühren nicht mehr erhoben werden können, obwohl aktuell noch genügend Zeit zur Verfügung steht. Hier wäre dann ggf. Schadensersatz zu prüfen, auch unter Heranziehung der Weigerung des Bürgermeisters, die Satzungen nach Beschluss zu veröffentlichen und der damit einhergehenden Verzögerung und Unsicherheit über das gültige Satzungsrecht. Kann es sich die Gemeinde aktuell leisten, auf die Kostenumlage und damit Gebührenerhebung zu verzichten?

Sven Siebert: Ich vermute, dass es eine Spitzabrechnung der entstandenen Kosten des Vorjahres gibt. Es wird eine schriftliche Beantwortung der Fragen und Darstellung des Sachverhaltes geben.

Kay Juschka: Über Steuermittel werden Straßenreinigung und Winterdienst finanziert und die Gebühren werden nicht erhoben. Dazu orientiert sich die Kreisumlage an der Höhe der Steuereinnahmen. Richtig wäre es, Gebühren zu erhöhen, Steuern zu senken und damit auch die Kreisumlage zu drücken. So werden die Bürger und die Gemeinde maximal entlastet.

Steffen Molks: Eine Spitzabrechnung ist nicht möglich. Die Kosten müssen genau abgerechnet werden. Die Gemeinde hat ein positives Ergebnis von 5 Mio in 2024 gehabt. Das bedeutet, dass den Bürgern 5 Mio mehr als notwendig aus der Tasche gezogen wurden.

12

Kostenübersicht Neubau FFW Hönow

➤ Siehe [Informationsvorlage](#)

Folgende Nachfragen wurden gestellt:

Volkmar Seidel: Sind Nachträge zu erwarten bzw. schon bekannt und können diese in einer vorläufigen Haushaltsführung beglichen werden?

E. Fischer: Wenn die Leistung in Anspruch genommen wurde, müssen wir diese Leistung auch bezahlen. Wie dies haushalterisch aufgenommen und ausgeglichen werden kann, muss dann geschaut werden. Ggf. muss und wird die Politik einbezogen.

Sven Siebert: Es ist zur gegenwärtigen Zeit keine Kostenerhöhung zu erwarten.

Volkmar Seidel: Ist der Bau des FWGH komplett abgeschlossen und wie ist der Sachstand der Feuerwehrezufahrt?

Sven Siebert: Vor Jahresfrist wurde die Bauendreinigung durchgeführt. Die Innenausstattung und die Außenanlagen sind noch nicht fertig, die Übergabe ans Gebäudemanagement daher noch nicht erfolgt. Mittel sind bestätigt und werden aus 2024 übertragen. In zwei bis zweieinhalb Monaten sollen die Restarbeiten abgeschlossen sein. Vergabe für die Zufahrtsstraße ist erfolgt. In ca. 3 Wochen soll der Baustart sein. Bauausführung 2-2,5 Monate.

Jürgen Imhof: Ich bitte um eine Übersicht zur Einsatzbereitschaft der Feuerwehr mit allen Kosten, Neubau, Ausstattung, Fahrzeuge (neue, alte), Zufahrt etc.

13 **Berichts- / Informationsvorlagen Haushaltsplanung 2025-2026**

- Siehe Online-Informationssystem/Sitzungsunterlagen

E. Fischer: Zahlenwerk ist fertig. Vorbericht wird erstellt. Haushalt ist nicht ausgeglichen. Es wird angeregt, über einen Zweijahreshaushalt nachzudenken.

14 **Vorbereitung der Sitzung der Gemeindevertretung am 10.02.2025**

14.1 **Beschlussvorlagen**

14.1.1 **DS 085/2025/24-29** **Erhöhung der Pauschale nach § 16 Abs. 3 KitaG ab 01.01.2025**

Steffen Molks: Wenn es sich hier um eine pflichtige Aufgabe handelt, wieso bedarf es dann eines Beschlusses der GV.

Sven Siebert: Der Bürgermeister kann trotzdem eine entsprechende Beschlussssache in die GV einbringen. Der Höhe nach ist der Zuschuss erheblich.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt, die Zuschüsse an die Kinderland Krümelbude gGmbH ab dem 01.01.2025 wie folgt zu erhöhen:

- Kita Waldkrümel von 154 € pro Monat/Kind auf 160 € pro Monat/Kind
- Kita Gartenkrümel von 154 € pro Monat/Kind auf 215 € pro Monat/Kind
- Kita Schlosskrümel von 154 € pro Monat/Kind auf 185 € pro Monat/Kind

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Betreiberverträge dementsprechend anzupassen.

- [Antrag Krümelbude](#)
- [Haushaltsplanung Krümelbude](#) (nö Dokument)

Abstimmung:

Anwesend 7 Mitglieder.

Ja	Nein	Enth
7		

Abstimmungsergebnis:

Beschlussannahme einstimmig empfohlen.

gez. Bianka Schmäke

Vorsitzende/r des

Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung

Für das Protokoll:

gez. Christian Arndt

Protokollant/in